Abend-Ausgabe Nr. 111 Montag, 6. März 1939

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 3.20, durch Postbezug RM. 3.20 einschl. 48,44 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgebühr) bei siebenmal wöchentlichem Versand. Einzel-Nr. 10 Rpf.; außerhalb Dresdens Verkauf nur mit Morgenausgabe

Druck und Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden A 1, Marienstraße 38/42. Ruf 25241. Postscheck 1068 Dresden. Die Dresdner Nachrichten enthalten die amtlichen Bekanntmachungen des Landrates zu Dresden, des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden und des Polizeipräsidenten in Dresden

Anzeigenpreise lt. Preisliste Nr. 7: Millimeterzeile (46 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 6 Rpf. Ziffergeb. 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Oberbolschewist Negrin abgesetzt

Roter „Verteidigungsrat" übernimmt die Gewalt

Bilbao, 6. März.

In Madrid ist es zu einem Putsch gegen das Regime Negrins gekommen, in dessen Verlauf Negrin abgesetzt wurde. Es wurde ein sogenannter „Verteidigungsrat" aus roten Politikern gebildet. Obwohl über die Zusammensetzung dieses „Verteidigungsrates" noch nichts bekannt ist, kann aus dieser Bezeichnung jedoch darauf geschlossen werden, daß die roten Machthaber den Widerstand gegen Nationalspanien zusammenzufassen beabsichtigen. Ueber das Schicksal Negrins ist noch nichts bekannt.

Zu der Bildung eines roten „Verteidigungsrates" werden folgende Einzelheiten bekannt. Danach haben sich die rote Madrider Garnison und eine größere Zahl roter Politiker gegen Negrin aufgelehnt. Im Madrider Sender gaben die wichtigsten roten Befehlshaber bekannt, daß die „Regierung" Negrin abgesetzt worden sei und sich ein sogenannter „Nationaler Verteidigungsrat" gebildet habe. Dem Verteidigungsrat gehören u. a. an: der Befehlshaber der roten Madridfront „General" Casado als Vertreter des Militärs und der Politiker Besteiro, der als Anhänger einer gemäßigteren Richtung und Befürworter von Verhandlungen mit General Franco bekannt ist sowie weitere Politiker.

Dieser „Verteidigungsrat" greift nach der Verlautbarung im Madrider Sender in schärfster Form die Politik des „Verräters Negrin" an, der die Schuld an dem Zusammenbruch Kataloniens trage und in keiner Weise, weder legal noch illegal, Vertreter Rotspaniens sei. Die Politik Negrins sei darauf hinausgelaufen, sinnlosen und verbrecherischen Widerstand zu leisten mit dem einzigen Zweck, sich persönlich an dem Elend Rotspaniens zu bereichern und es auszurauben. Der „Verteidigungsrat" vertrete zwar den Grundsatz des ehrenvollen Friedens, notfalls aber werde der Widerstand bis zum Ende fortgesetzt, und es würde ab heute kein Verantwortlicher Rotspanien verlassen, ohne zur Verantwortung gezogen zu werden.

In einer Rundfunkansprache bezeichnete Casado Negrin als „Verräter im Solde des Auslandes und gewissenlosen Hetzer zum Weltkrieg" und als „Verbrecher an Spanien und der Menschheit". Auch der rotspanische „Oberst" Mera richtete als Vertreter der Milizen schwere Beschuldigungen gegen Negrin.

Die Ereignisse in Madrid bestätigen die Auflösungstendenzen in Rotspanien, wozu die Vorfälle in Cartagena am Sonntag das Signal gaben. Es kann nach der Zusammensetzung des roten „Verteidigungsrates" mit gewissen Vorbehalten auf Bereitschaft zu Verhandlungen mit General Franco geschlossen werden. Diese Bereitschaft aber ist öffentlich von dem Madrider „Rat" jedenfalls noch nicht erklärt worden.

Paris: Der endgültige Zusammenbruch

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 6. März.

Französische Blätter vertreten im allgemeinen die Ansicht, daß die Absetzung des roten Oberbonzen Negrin und seine in Paris gemeldete Flucht aus Madrid ein Beweis für den endgültigen Zusammenbruch der Roten ist. Selbst wenn noch Widerstand geleistet werden sollte, so würde dieser Widerstand doch sehr schnell zusammenbrechen, da General Franco 200 000 Mann zum Angriff gegen Madrid habe aufmarschieren lassen.

Im übrigen befaßt sich die französische Presse auch weiterhin mit den Flüchtlingssorgen der französischen Regierung. Immer wieder müssen Rotspanier, die nach Frankreich übergetreten sind, wegen irgendwelcher Verbrechen von französischen Gerichten abgeurteilt werden. Die französische Regierung dringt darauf, daß die Nationalspanier möglichst schnell die Grenze öffnen, während die Regierung Franco zunächst nur bereit ist, täglich bis zu 250 Leuten die Rückkehr nach Nationalspanien zu gestatten. Da ein Teil der Rotspanier und vor allem der Mitglieder der internationalen Miliz überhaupt nicht nach Nationalspanien zurückkehren kann und anderseits der Widerstand der Bevölkerung der Grenzbezirke gegen die unerwünschten Elemente immer stärker wird, so soll bereits am Sonnabend Außenminister Bonnet mit dem Moskauer Botschafter über die Ansiedlung einer größeren Zahl marxistischer und kommunistischer Spanier im Süden Sowjetrußlands verhandelt haben.

Der Führer nochmals in der Autoschau

Berlin, 6. März.

Nach ihrem offiziellen Abschluß besichtigte am Sonntagabend der Führer in Begleitung von Direktor Werlin und Oberingenieur Schürz, dem Geschäftsführer des Reichsverbandes der Automobilindustrie und der Wirtschaftsgruppe Fahrzeugindustrie, nochmals eingehend die Automobilausstellung. Im Verlaufe eines mehrstündigen Rundganges ließ er sich technische Einzelheiten erläutern und widmete dem KdF-Wagen dabei besonderes Interesse.

„Leipziger Messe übertrifft alle früheren"

Starke Beachtung der Goebbels-Rede

Neuyork, 6. März.

Die Rede des Reichsministers Dr. Goebbels anläßlich der Eröffnung der diesjährigen Leipziger Frühjahrsmesse findet in den Neuyorker Morgenblättern starke Beachtung. Besonders herausgestellt werden die Ausführungen des Ministers über den deutschen Rohstoffbedarf und seine Vergleiche mit dem Rohstoffreichtum der demokratischen Staaten. „New York Times" gibt zu, daß die diesjährige Messe alle früheren an Größe, Mannigfaltigkeit und Umsatz übertrifft. Am interessantesten sei die Maschinenausstellung, die zeige, mit welcher Zielstrebigkeit das Dritte Reich die Fragen der erhöhten Industrieerzeugung löse.

Rom, 6. März.

Die Rede von Reichsminister Dr. Goebbels zur Eröffnung der Leipziger Mustermesse findet in der römischen Presse starke Beachtung. „Messaggero", der die Ausführungen in großer Aufmachung und an hervorragender Stelle wiedergibt, betont, der Reichspropagandaminister habe eine neue dringende Warnung an die Welt gerichtet und bestätigt, daß der deutsche Kolonialanspruch auf einem nicht abzuleugnenden Recht beruhe.

Immer noch verworrene Lage in Brüssel

Brüssel, 6. März.

Das geschäftsführende Kabinett setzte seine Beratungen, die eine Lösung der politischen Krise bezwecken, fort. Nach Beendigung der Sitzung war die Lage immer noch ungeklärt. Der geschäftsführende Ministerpräsident Pierlot teilte mit, daß die Regierung am Montag ihre Besprechungen über die Mittel zur Beseitigung der gegenwärtigen Schwierigkeiten fortsetzen werde.

Nach den Vorgängen des Sonntags ist die Lage womöglich noch verworrener als vorher. Ueber den Verlauf der ersten Kabinettssitzung verlautet, daß die Möglichkeit einer Parlamentsauflösung eingehend besprochen wurde, nachdem die letzten Versuche zur Bildung einer Zwei-Parteien-Regierung gescheitert waren. Einige Minister widersetzten sich der Auflösung und wiesen auf die Gefahr hin, die eine Neuwahl im Zeichen der Affäre Martens und der flämisch-wallonischen Gegensätze mit sich bringen könnte. Die Mehrzahl der Minister neigte jedoch schließlich zu der Auffassung, daß angesichts der Unmöglichkeit einer Regierungsbildung zur Auflösung geschritten werden müsse.

Nach der Unterredung Pierlots mit König Leopold, die über drei Stunden dauerte, nahm die Entwicklung jedoch wieder eine neue Wendung. Man hatte den Eindruck, daß das Kabinett auf Grund der Besprechungen Pierlots mit dem König erneut versuchen will, einen Ausweg aus der Krise zu finden, ohne das Parlament auflösen zu müssen.

Scapini einer linksgerichteten Partei beigetreten. Der kriegsblinde Pariser Abgeordnete Scapini hat sich neuerdings der Frontistenpartei des linksgerichteten Abgeordneten Bergery angeschlossen.

Weitere Neuerungen im Einkommensteuergesetz

Heiratsbeihilfen steuerfrei – Der Steuerabzug bei Gratifikationen

Berlin, 6. März.

Das jetzt veröffentlichte Einkommensteuergesetz bringt noch in verschiedener Hinsicht Neuerungen gegenüber der bisherigen Regelung, die in der „Deutschen Steuerzeitung" behandelt werden.

Zu welcher Einkunftsart die Einkünfte im einzelnen Fall gehören, bestimmte sich bisher in Zweifelsfällen nach der Verkehrsanschauung. Da alle Tatbestände nach nationalsozialistischer Weltanschauung unter Berücksichtigung der Volksanschauung zu beurteilen sind, ist diese Bestimmung gefallen.

Die Bestimmungen über die steuerfreien Einkünfte sind dem neuen Wehrmachtsfürsorge- und dem Reichsarbeitsdienst-Versorgungsgesetz angepaßt worden.

Eine wesentliche Neuerung wird für die Gewährung von Heiratsbeihilfen eingeführt. Die Steuerfreiheit einer Heiratsbeihilfe bis zum Höchstbetrag von 600 RM an eine Arbeitnehmerin war bisher von ihrem Ausscheiden aus dem Dienstverhältnis abhängig. Angesichts des Mangels an Arbeitskräften besteht heute kein Bedürfnis mehr, die heiratende Arbeitnehmerin zur Aufgabe ihres Arbeitsplatzes zu veranlassen. Die Steuerfreiheit einer Heiratsbeihilfe hängt deshalb nicht mehr von dem Ausscheiden aus dem Dienstverhältnis ab. Darüber hinaus sind künftig auch Heiratsbeihilfen an männliche Arbeitnehmer steuerlich begünstigt. Die Voraussetzungen für die Steuerfreiheit werden noch in den Durchführungsbestimmungen geklärt werden.

In Anpassung an die Erweiterung der Kinderermäßigungen sind künftig als Sonderausgaben bis zum vorgeschriebenen Höchstbetrag nicht nur Versicherungsprämien und Bausparkassenbeiträge abzugsfähig, die für den Steuerpflichtigen, seine Ehefrau und seine Kinder entrichtet sind, wenn diese Personen mit dem Steuerpflichtigen zusammen veranlagt werden.

Eine Neuregelung haben weiterhin die Bestimmungen über die Lohnsteuerhaftung erfahren. Nach der bisherigen Fassung konnte der Arbeitnehmer für die Lohnsteuer nur in Anspruch genommen werden, wenn der Arbeitslohn nicht vorschriftsmäßig gekürzt war oder wenn der Arbeitnehmer wußte, daß der Arbeitgeber die einbehaltene Lohnsteuer nicht vorschriftsmäßig abgeführt hat und sie dem Finanzamt nicht unverzüglich mitteilte. In der Praxis haben sich aber auch Fälle ergeben, in denen Arbeitnehmer nach Wegfall der Hausgehilfin ihre Steuerkarte nicht berichtigen ließen oder in denen Ehefrauen trotz Erwerbstätigkeit des Ehemannes keinen entsprechenden Zusatz auf der Steuerkarte eintragen ließen. Beiden Fällen ist gemeinsam, daß ein Arbeitnehmer eine ihm ausdrücklich auferlegte Verpflichtung, seine Steuerkarte berichtigen zu lassen, nicht erfüllt hat. Auch in diesem Falle kann er künftig für die zu wenig einbehaltene Lohnsteuer in Anspruch genommen werden.

Infolge der Einführung der neuen Steuergruppe II und der Erhöhung der Steuersätze für die Ledigen ergab sich weiter die Notwendigkeit, die festen Steuersätze zu ändern, die auf sonstige, insbesondere einmalige Bezüge anzuwenden waren, wie Tantiemen und Gratifikationen. Bei solchen Sonderbezügen beträgt künftig die Lohnsteuer in der Steuergruppe I 18 Prozent, in der Steuergruppe II 14 Prozent, in der Steuergruppe III 10 Prozent, in der Steuergruppe IV bei Kinderermäßigung für eine Person 8 Prozent, für zwei Personen 6 Prozent, für drei Personen 3 Prozent und für mehr als 3 Personen 1 Prozent.

Freie Hand für Bolschewisten in der USA-Armee

Kampf gegen die kommunistische Zersetzung des Heeres „ungesetzlich"

Neuyork, 6. März.

Die „New York Times" berichtet, daß ein großangelegter und von gewissen Interessengruppen außerordentlich gut finanzierter Versuch im Gange sei, die von Marineminister Edison geforderte Gesetzgebung gegen die kommunistische Zersetzung des amerikanischen Heeres zu hintertreiben. Edison habe in einem Schreiben darauf hingewiesen, daß in steigendem Maße Hetzschriften an die Soldaten und Matrosen zur Verteilung kämen, in denen zu Gehorsamsverweigerung aufgefordert werde. Das Blatt hält die im Hintergrund stehenden Gruppen für so stark, daß die Annahme der Gesetze durch den Kongreß fraglich ist. Die prokommunistische Agitation, an deren Spitze die kommunistische „Civil Liberties Union" stehe, arbeite u. a. mit der Behauptung, daß die neu geforderten Gesetze eine Verletzung des demokratischen Rechtes auf Rede- und Pressefreiheit bedeuten würden.

Roosevelt muß Guam aufgeben

Washington, 6. März.

Der Plan, Guam zu befestigen, ist nunmehr in Anbetracht der Abneigung, die bei vielen Abgeordneten und Senatoren gegen ihn besteht, ganz fallen gelassen worden. Wie Senator Walsh, der Vorsitzende des Flottenausschusses des Senats, mitteilte, hat dieser Senatsausschuß die fünf Millionen Dollar, die für die Befestigung Guams vorgesehen waren, aus dem 552-Millionen-Wehrprogramm gestrichen. Die Streichung wurde damit begründet, daß vorerst kein dringendes Bedürfnis für die vorgeschlagenen Hafenanlagen bestehe und daß die Meinung des Landes über die Zweckmäßigkeit einer solchen Befestigung geteilt sei.

Die Presse erblickt hinter diesem plötzlichen Gesinnungswechsel einen Versuch Roosevelts, nach der ihm unangenehmen außenpolitischen Senatsdebatte der letzten Tage möglichst beruhigend einzuwirken und nicht noch mehr Oel ins Feuer zu gießen. Vielleicht ist ihm auch die Erkenntnis gekommen, daß er mit dem Guamplan, der bereits vom Abgeordnetenhaus abgelehnt wurde, im Senat eine zweite Niederlage erleiden würde.

Reichsminister Dr. Frank empfing den italienischen Justizminister. Am Sonntagabend traf zur zweiten Arbeitstagung der Arbeitsgemeinschaft für die deutsch-italienischen Rechtsbeziehungen der italienische Justizminister Dr. Solmi in Wien ein. Der italienische Gast wurde von Reichsminister Dr. Frank empfangen.

SLUB
Wir führen Wissen.